

Jo Rodejohann

**Ausgewählte Probleme eines Thesaurus
"Friedensforschung- und -praxis"**

AP 29 (IRA) - November 1987

Die "Arbeitspapiere" stellen keine Äußerung der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung GmbH oder der Mitglieder des Stiftungsrates dar; sie werden von den Autoren verantwortet, die in der Regel Mitarbeiter von im Berliner Projektverbund geförderten Projekten sind.

C bei den Autoren

Berghof-Stiftung für
Konfliktforschung
Altensteinstr.48a
D-1000 Berlin (West) 33

Tel.: (030) 831 80 99 und 831 80 90

PROBLEME MIT POLITISCH GEPRAGTEN BENENNUNGEN VON BEGRIFFEN BEI
DER ERSTELLUNG EINES POLITIKWISSENSCHAFTLICHEN THESAURUS¹

"Und wenns euch ernst ist, was zu sagen,
ists nötig, Worten nachzujagen?"
Goethe 1801

"Die Begriffe der Herrschenden sind allemal
die Spiegel gewesen, dank deren das Bild
einer 'Ordnung' zustande kam."
Benjamin 1939/40

Im Gegensatz zu den Natur- und den Ingenieurwissenschaften finden sich in den Gesellschafts- oder Sozialwissenschaften eine Vielzahl von politisch geprägten Benennungen. Zum einen stehen sie für denselben Begriff oder eng verwandte Begriffe, zum anderen werden dieselben Benennungen für unterschiedliche Begriffe benutzt. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einfache Synonyme oder Polyseme, die grundsätzlich in einem dialogischen Vorgang durch Prozesse der begrifflichen Kontrolle und der Sprachnormung einvernehmlich in eine eindeutige Zuordnung von Begriffen und Benennungen überführt werden können.

Denn die Benennungen sind nicht nur das Ergebnis mangelnder Genauigkeit bei der Suche nach der zutreffenden sprachlichen Darstellung eines Begriffes. Sie sind auch die Folge mehr oder weniger gezielt verfolgter politischer Spracharbeit außerhalb des Dokumentationsprozesses², die sich nicht selten in Dokumentations-sprachen wie etwa einem Thesaurus unbedacht widerspiegelt: Welcher Begriff in der internationalen Politik zum Beispiel angemessen durch die Benennung "Sicherheitspartnerschaft" dargestellt wird, ist nicht nur in dem Sinne strittig, daß die Benennung in einigen Dokumenten (DBE) ausschließlich zur Beschreibung des Verhältnisses zwischen verbündeten Staaten mit gleicher Gesellschaftsordnung, in anderen DBE auch des anzustrebenden Verhältnisses zwischen gesellschaftlich unterschiedlich organisierten Staaten benutzt wird. Es gibt darüberhinaus die massiv in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion vorgetragene Auffassung, daß die zweite Verwendungsweise aus politischen Gründen grundsätzlich unzulässig sei.

In den Benennungen von Begriffen, im "Sprachgebrauch" also, drücken sich in den Sozialwissenschaften häufig politische Interessen, gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse aus, die innerhalb des Dokumentationsprozesses verarbeitet werden müssen: Ob, um ein weiteres Beispiel anzuführen, eine Politik, die militärische Gewalt zu ihren legitimen Mitteln zählt, in einem Thesaurus sinnvoll als "Militärpolitik", als "Verteidigungspolitik", als "Rüstungspolitik", als "Wehrpolitik", als "Sicherheitspolitik" oder als "militaristische Aggressionspolitik" sprachlich auf den Begriff gebracht werden kann und gebracht worden ist, hängt vom politischen und/oder theoretischen Standpunkt sowie vom Informationsinteresse des Dokumentierenden - und auch des späteren Benutzers ab.³

Um den Punkt zu verdeutlichen: Wer Informationen zur "Remilitarisierung" der "BRD" nach 1945 sucht, denkt nicht notwendig an Benennungen wie "Wiederaufrüstung", "Wehrbeitrag" oder "Wiederbewaffnung". Sie alle stehen aber in einem bestimmten, politisch und/oder theoretisch begründeten Verhältnis zu den zuvor angeführten Benennungen für eine Politik mit militärischen Mitteln. Je nach politischem und/oder theoretischen Standort wird die Entscheidung begründbar für eine der Benennungen fallen. Die Überlegung, stattdessen zum Beispiel mit Hilfe der Dokumentationssprache die Benennungen "Militärpolitik" "BRD" "1945-1955" (etwa in der Form von Deskriptoren eines Thesaurus) normierend vorzuschreiben⁴, löst das Problem nur vordergründig. Zum einen wäre die inhaltliche Erschließung damit erst mangelhaft geleistet, zum anderen greift der Vorschlag nicht, weil die Frage ausdrücklich auf Informationen zielen kann, die den Vorgang als "Remilitarisierung", also in einem bestimmten sachlichen und/oder fachlichen Zusammenhang diskutieren. Darum ist hier auch die Norm wenig hilfreich, daß ein Thesaurus "vom herrschenden Sprachgebrauch in der fachlichen Kommunikation" (so DIN 1463, 2; Unterstreichung JR) auszugehen habe. Im Wortsinne ist hier gerade der "herrschende" Sprachgebrauch das dokumentarische Problem - sowohl fachlich wie politisch.⁵

Wenn nun der Anspruch an eine Dokumentationssprache gestellt wird, ein rationelles (verhältnismäßig wenig Wortmaterial) und effektives (es wird gefunden, was gesucht wird) Instrument zu sein (vgl. Greiner 1978, 55; weiter DIN 1463, 1), dann liegt

hier offensichtlich ein Problem von praktischer und theoretischer Relevanz. Ich möchte es am Beispiel von Erfahrungen im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Thesaurus "Friedensforschung und Friedenspraxis" weiter verdeutlichen und diskutieren.

Im derzeit noch gültigen Thesaurus der "Stiftung Wissenschaft und Politik. Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit" (vgl. SWP 1980) gehört die Benennung Verteidigungspolitik zu den häufiger, auch in Kombination mit anderen Benennungen vorkommenden Deskriptoren. Auch umgangssprachlich ist Verteidigungspolitik eine allgemein übliche Benennung. Gleichwohl, ein Blick in die grossen Wörterbücher der deutschen Sprache bringt das überraschende Ergebnis, daß "Verteidigungspolitik" nicht vorkommt (vgl. zu den benutzten Quellen das Literaturverzeichnis). Das überrascht umso mehr, als eine Vielzahl von Benennungen im engen militärischen Zusammenhang mit "Verteidigung" auftauchen. So bei Wahrig u.a.: Verteidigungsanlage, -anstrengung, -attaché, -ausgabe, -beitrag, -bereitschaft, -bezirkskommando, -budget, -bündnis usw. bis Verteidigungsstellung (551).

Wie problematisch offensichtlich die Benennung "Verteidigung" ist, macht der SPW-Thesaurus deutlich: Die Deskriptoren sind häufig zusammengesetzt ("Verteidigungs- und Sicherheitspolitik"; "Rüstungswirtschaft, Verteidigungswirtschaft"), ohne daß der doch offensichtlich angestrebte Gewinn an Genauigkeit sichtbar würde. Dann wieder wird nicht durchgängig und systematisch das Wortfeld "Verteidigung..." benutzt, sondern - statt, wie zu erwarten, von "Verteidigungssystemen" - von "Wehrsystemen" oder - ähnlich - von "Wehrgeographischen Problemen" gesprochen.

Kurzum: die Benennung "Verteidigung" und die unter anderem aus ihr zusammengesetzten kombinierten Benennungen repräsentieren zwar ohne Zweifel einen - auch in den Wörterbüchern nachweisbaren - Begriff (nämlich: "sich mit militärischen Mitteln gegen einen Angriff zu verteidigen"), aber sie stehen auch für andere Begriffe. Ob ein Verteidigungsminister (wie alle Kriegsminister seit dem Zweiten Weltkrieg heißen) immer ein Verteidigungsminister ist, ist sachlich und fachlich ebenso umstritten wie die

Frage, ob ein Verteidigungsfall immer ein Verteidigungsfall oder Verteidigungshilfe eine Hilfe ist - und ob sie überdies der Verteidigung dient. Die Benennung repräsentiert also nicht immer "möglichst eindeutig" einen Begriff (vgl. DIN 1463, 2), faßt nicht immer sprachlich die gemeinsamen Merkmale zusammen, die gedanklich einen Begriff ausmachen (vgl. Greiner 1978, 13).

Das besondere Problem entsteht nun daraus, daß sozialwissenschaftliche Benennungen wie Verteidigungspolitik sehr wohl eindeutig einen Begriff repräsentieren können, es aber nicht immer der Fall sein muß - und daß jeder der Aspekte eines Begriffs, vor allem aber die Relationen zwischen Begriff und Benennung selber von dokumentarischer Relevanz sein können.

Verteidigungspolitik kann heute im Sprachgebrauch der Dokumente wie der Benutzer (vgl. DIN 1463, 2) einmal als eine politisch geprägte Benennung für grundsätzlich jede Merkmalsausprägung des Begriffs "militärische Gewaltanwendung in den zwischenstaatlichen Beziehungen" stehen - also auch für eine aggressive Politik. Die repräsentative Geltung dieser Relation zwischen Benennung und Begriff ist dabei nicht von irgendeiner sprachlichen Konvention oder dokumentarischen Übereinkunft abhängig, sondern von politischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Sie schlagen sich auch im "herrschenden Sprachgebrauch" und in vorherrschenden wissenschaftlichen Schulen nieder. Diesen Vorgang dokumentarisch zu fassen, ist von hoher politikwissenschaftlicher Relevanz, geht es doch um die Durchsetzung von Macht und Herrschaft in einem wichtigen gesellschaftlichen Bereich: sprachlicher Kommunikation.

Verteidigungspolitik steht aber auch als Benennung für eine Politik, die gerade gegenwärtig von wachsender Aktualität ist und die ihren Namen zu Recht trägt, die ihren Begriff zutreffend darstellt: Ich nenne kurz die Schlagworte "Defensive Verteidigung" und "Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit". Dabei spiegelt der "weiße Schimmel" der "defensiven Verteidigung" ⁶ einmal mehr die Bedeutung des hier vorgeführten Sachverhalts.

Um die allgemeine Bedeutung des Problems zu zeigen, ließen sich diese Ausführungen im Wortfeld "Verteidigung..." noch weiter fortsetzen; andere Beispiele lassen sich an den Wortfeldern

"Neutralität" und "Frieden" gewinnen. Ein besonders instruktives Beispiel politischer Spracharbeit ist die Beschreibung des Rüstungsexports als "Wehrexport". Die vorhandenen Thesauri sind voll von solchen problematischen Benennungen und Deskriptoren - auch außerhalb des Bereichs der Friedensforschung. Ich hoffe, das Problem hinreichend illustriert zu haben, das mit politischen geprägten Benennungen verknüpft ist.

Ein Thesaurus, der die hier angesprochenen Probleme politisch geprägter Benennungen von Begriffen selber dokumentierend zu lösen versucht - und sich ihnen nicht durch Sprachnormung und terminologische Kontrollen entzieht - stellt erhebliche Anforderungen an den intellektuellen Aufwand bei der Thesaurus-Entwicklung (Erläuterungen und Definitionen) wie auch später bei der Indexierung und Suche. Ich kann hier zum Schluß nur die Richtung der notwendigen Arbeit andeuten.

So dürfte es kaum möglich sein, mit Hilfe eines Thesaurus mit Vorzugsbenennungen, wie er heute die Regel ist, eine Antwort auf die gestellten Fragen zu finden. Denn dann würde die Form der terminologischen Kontrolle durch den Thesaurus dazu führen, daß die so gebildeten Äquivalenzklassen⁷ ausschließlich durch eine Vorzugsbenennung (den Deskriptor) repräsentiert werden: Jede strenge⁸ Form von Vorzugsbezeichnungen, also von Benennungen, die von "den Bezeichnungen, die einen Begriff repräsentieren, nur eine für Indexierung und Suche zulassen" (DIN 1463, 2), ist aber auszuschließen. So wäre keine Lösung etwa für die Frage zu finden, wie eine Politik mit militärischen Mitteln zu benennen ist. Das angeführte Beispiel des SPW-Thesaurus mit seinem Wanken zwischen "Verteidigung-", "Sicherheit-", "Rüstung-" und "Wehr-" zeigt deutlich die Probleme. Von einer möglichst eindeutigen Zuordnung der Bezeichnungen zu den zu repräsentierenden Begriffen (so DIN 1463, 2) kann hier keine Rede sein.

Besser - wenn die technischen Voraussetzungen gegeben sind - wäre die in DIN 1463 angeführte zweite Lösung, die bei der Indexierung frei gewählte Benennungen zuläßt und die terminologische Kontrolle in einem der Indexierung nachfolgenden Schritt durch "eine zusätzliche Zusammenführung der einen Begriff zugeordneten Bezeichnungen" in Äquivalenzklassen ermöglicht: also

ein Thesaurus ohne Vorzugsbezeichnungen. Wenn dann, hier abweichend von DIN 1463 (vgl. Anm.6), die Suche nach einer DE sowohl mit Hilfe der nachträglich gebildeten Äquivalenzklassen⁹ wie den bei der Indexierung gewählten Benennungen möglich ist, wären die hier diskutierten Probleme in erheblichem Umfang lösbar.¹⁰ Neben der möglichst textgenauen Indexierung bietet diese Form des Thesaurus überdies die zur Verfolgung der aktuellen politischen Entwicklungen besonders wichtige Möglichkeit, "früher festgelegte Synonymie- und Begriffsrelationen leichter rückgängig zu machen" (vgl. DIN 1463, 2; auch Wersig 1985, 281). Eine solche Thesaurusform setzt zwar den EDV-Einsatz voraus (vgl. DIN 1463, 2), jedoch nur als intellektuelles Unterstützungsinstrument. Denn die angesprochenen Probleme können nicht automatisch, sondern ausschließlich durch intellektuelle Indexierung und intellektuelle Suche gelöst werden.¹¹

Es spricht viel dafür, daß die Kriterien "rationell" und "effektiv" (vgl. Greiner 1978, 55) bei der Erstellung einer mächtigen Dokumentationsprache im Bereich der Politikwissenschaften nicht gleichzeitig optimiert werden können, wenn die Sprache als Thesaurus angelegt ist. Ein Thesaurus erscheint aber unabdingbare Voraussetzung zu sein, um im Bereich der Sozialwissenschaften - gerade angesichts des hier diskutierten Problems - zu einigermaßen befriedigenden Rechercheergebnissen zu kommen.

Soweit nicht durch die eingesetzten Hilfsmittel Grenzen (z.B. Speicherplatz; Verarbeitungskapazitäten) gezogen werden, sollte die Wahl zu Gunsten der Effektivität (finden, was gesucht wird) und zu Lasten der Rationalisierung (wenig Wortmaterial) ausfallen, um die politischen Vorgänge und Einflüsse dokumentarisch fassen zu können, die hier unweigerlich in den Dokumentationsprozess eingehen und sein problematisches Objekt sind. Wahrscheinlich heißt das auch, daß im Bereich der Politikwissenschaften spezialisierten Thesauri, wie zum Beispiel einem für "Friedensforschung und Friedenspraxis", schon allein aus Gründen des Aufwands gegenüber einem allgemeinen politikwissenschaftlichen Thesaurus der Verzug gegeben werden muß, wenn das hier angesprochene Problem sinnvoll gelöst werden soll.

LITERATURVERZEICHNIS:

Böckelmann, Frank; Mahr, G. (1979): Staatliche Öffentlichkeitsarbeit. Berlin (AFK-Studien; 11)

DIN 1463 - Richtlinien für die Erstellung und Weiterentwicklung von Thesauri. März 1976. In: DIN 1984, S.52-63

DIN Deutsches Institut für Normung e.V.; Hrsg. (1981): Publikation und Dokumentation 1. Normen für Verlage, Bibliotheken, Dokumentationsstellen, Archive. Stand: 31.10.1980. Berlin/Köln (DIN Taschenbuch; 153)

DIN Deutsches Institut für Normung e.V.; Hrsg. (1984): Publikation und Dokumentation 2. Erschließung von Dokumenten, Informationsverarbeitung, Reprographie, Bibliotheksverwaltung. Normen. 2. Auflage; Stand: 31.5.1984. Berlin/Köln (DIN Taschenbuch; 154)

Duden-Redaktion; Hrsg. (1981): DUDEN. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in sechs Bänden. Bd. 6. Mannheim u.a.

Edelmanm, Murray (1976): Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt/M; New York

Gemeinsame Kommission Staatsexamen; Hrsg. (1979): Die Berliner Landnahme. Zur Entwicklung der Prüfungspraxis des Wissenschaftlichen Landesprüfungsamtes (WLPA). Berlin

Greiner, Götz (1978): Allgemeine Ordnungslehre. Frankfurt/M.

Klappenbach, Ruth; Steinitz, Wolfgang; Hrsg. (1978): Wörterbuch der deutsche Gegenwartssprache. Bd. 6. Berlin (DDR)

Mitzka, Walther; Hrsg. (1956): Trübners deutsches Wörterbuch. Bd. 7. Berlin

SWP - Stiftung Wissenschaft und Politik (1980): SWP-Thesaurus. Ebenhausen

Wahrig, Gerhard u.a.; Hrsg. (1984): Brockhaus Wahrig. Deutsches Wörterbuch in sechs Bänden. Bd. 6. Wiesbaden/Stuttgart

Wersig, Gernot (1985): Thesaurus-Leitfaden. Eine Einführung in das Thesaurusprinzip in Theorie und Praxis. 2. ergänzte Auflage. München u.a. (= DGD-Schriftenreihe, Bd.8)

ANMERKUNGEN:

¹) Der Text erscheint in den Nachrichten für Dokumentation, (4)1987

²) Der klassische literarische Beleg für derartige Spracharbeit ist Orwells "1984", aber der Vorgang ist alltäglicher (und in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Wandel der klassischen Öffentlichkeitsarbeit zur Öffentlichkeitspolitik politisch brisanter geworden), als daß er entlang den alten Scheidelinien gefaßt werden könnte; vgl. u.a. Edelman 1976, Böckelmann/Nahr 1979.

³) Vgl. DIN 1463, 2: "Jeder Thesaurus sollte genau den Informationsgehalt der Sammlung von Dokumenten und anderen Gegenständen repräsentieren, auf den er bezogen ist. Er sollte die für das betreffende Sachgebiet zutreffenden Bezeichnungen und Verweisungen enthalten, wobei sowohl der Sprachgebrauch in Dokumenten als auch der Sprachgebrauch und die Informationsbedürfnisse der Benutzer zu berücksichtigen sind." - Diese Aussage der Norm verweist "genau" auf das hier im Hinblick auf einen Aspekt (Politik) angesprochene Problem: Was ist "genau" der Informationsgehalt einer DBE? "Möglichst genau" und die im Dokumentationsvorgang getroffenen Entscheidungen offenlegend wäre schon viel! (Stoßseufzer eines Dokumentars während des Praktikums: Wir sollen ja wertfrei dokumentieren - Aspekt: Subjektivität -, aber das geht gar nicht; ich erzähl' ihnen jetzt, was man nicht erzählen sollte: wie wir es handhaben.)

⁴) Hier greife ich auf eigene Erfahrungen bei einem ersten Wörterbuch für einen Thesaurus "Friedensforschung und Friedenspraxis" zurück: Um politisch und ideologisch problemträchtigen Benennungen im Wortfeld "Verteidigung..." auszuweichen (statt sich dem Problem zu stellen), war eine Lösung angestrebt worden, die automatisch bei der Kontrolle der zugewiesenen Deskriptoren etwa die Benennung "Verteidigungspolitik" in "Militärpolitik" umwandelte. Zwar war sowohl die Eingabe der unerwünschten Benennungen wie die Suche nach ihnen für Bearbeiter und Benutzer möglich, aber hinter ihren Rücken ging es immer nur um "Militärpolitik". Die Grenzen dieses - hier bewußt eingesetzten - "herrschaftlichen" Verfahrens der terminologischen Kontrolle wurden bald sowohl bei der Indexierung wie bei der Suche offenkundig.

⁵) Nur zur Illustration: Das Wissenschaftliche Landesprüfungsamt in Berlin (West) weigerte sich 1978, als Prüfungsthema zur Staatsprüfung für das Höhere Lehramt "Entwicklung und Haltung der SPD zur Remilitarisierung Westdeutschlands 1945-1960" zuzulassen - obwohl sowohl in der Fachliteratur wie in der Alltagssprache (Belege gibt es auch für den früheren Bundeskanzler Adenauer) die Benennung üblich, wenn auch nicht herrschend ist; zum Vorgang einschließlich der Dokumente vgl. Gemeinsame Kommission 1979.

⁶) Allerdings steckt im Pleonasmus "defensive Verteidigung" nicht einfach schludriger Sprachgebrauch, sondern der - zugestanden sprachlich hilflose - Versuch, zwei unterschiedliche Vorgänge zu fassen: die nicht aggressive, nicht provokative militärstrategische Umsetzung einer Verteidigungspolitik soll von einer Verteidigungspolitik unterschieden werden, die durch eine für den Verteidigungsfall vorgesehene ~~offensive~~ Militärstrategie (etwa durch schnelle Verlagerung der Militäroperationen auf das

Territorium des Angreifers) aggressiv und provokativ erscheint. Auch hier werden die Grenzen einer terminologischen Kontrolle durch ~~formale~~ Sprachnormung deutlich.

7) Vgl. DIN 1463, 5: "Werden Bezeichnungen als gleichwertig (bedeutungsähnlich oder bedeutungsgleich) betrachtet, so können sie zu Äquivalenzklassen zusammengefaßt werden, wobei die als äquivalent aufgefaßten Bezeichnungen ein und demselben Begriff zugeordnet werden. Bei der Suche müssen alle Dokumente, die der Äquivalenzklasse zugeordnet sind, aufgefunden werden, auch wenn nur mit einer der Benennungen gesucht wird."

8) Natürlich sollten Nichtdeskriptoren wie unterschiedliche Schreibweisen, Synonyme und Quasisynonyme (vgl. DIN 1463, 3) auch möglich sein, solange es sich nicht um die hier diskutierten "politischen" Benennungen handelt.

9) Ob und wie und in welchem Umfang zusätzlich Hierarchierelationen und Assoziationsrelationen zur Lösung des Problems politisch geprägter Benennungen (etwa im Zusammenhang mit Polysemen) hilfreich sein können, kann ich hier nicht weiter diskutieren, ist aber zu prüfen.

10) Um das Beispiel Remilitarisierung aufzunehmen: Hier wäre eine Indexierung mit dem Deskriptor "Remilitarisierung" (oder "Wiederbewaffnung" usw.) möglich, die nachträglich der Äquivalenzklasse "Militärpolitik/BRD/ 1945-1955" zugeordnet würde. Bei der Suche sowohl nach "Remilitarisierung" wie nach "Militärpolitik/BRD/1945-1955" würde eine bestimmte DE gefunden werden, diese DE wäre aber bei der Suche nach "Wiederbewaffnung" kein Treffer.

11) Inwieweit zur Erstellung von Wörterlisten und dadurch zu erreichender größerer Genauigkeit bei der Erschließung des Informationsgehalts der DBE automatische Indexverfahren hilfreich sind - auch um mit dem hier diskutierten Problem umzugehen - ist zu prüfen. Für kleinere Dokumentationseinrichtungen dürften sich solche Verfahren jedoch ausschließen, da sie allemal die kosten- und zeitintensive Volltexterfassung der DBE voraussetzen.